

Nürnberger Statistik aktuell



Ein Informationsdienst des Amtes für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg

Statistischer Monatsbericht für September 1985

16. Oktober 1985

Volkszählung am 25. Mai 1987

Wenn der Bundesrat in diesen Tagen dem Volkszählungsgesetz zustimmt, gibt er damit den Start zu einem Vorhaben frei, das zumindest hinsichtlich der Datenschutzregelungen und der dadurch verursachten Kosten das Prädikat "Spitze" verdient.

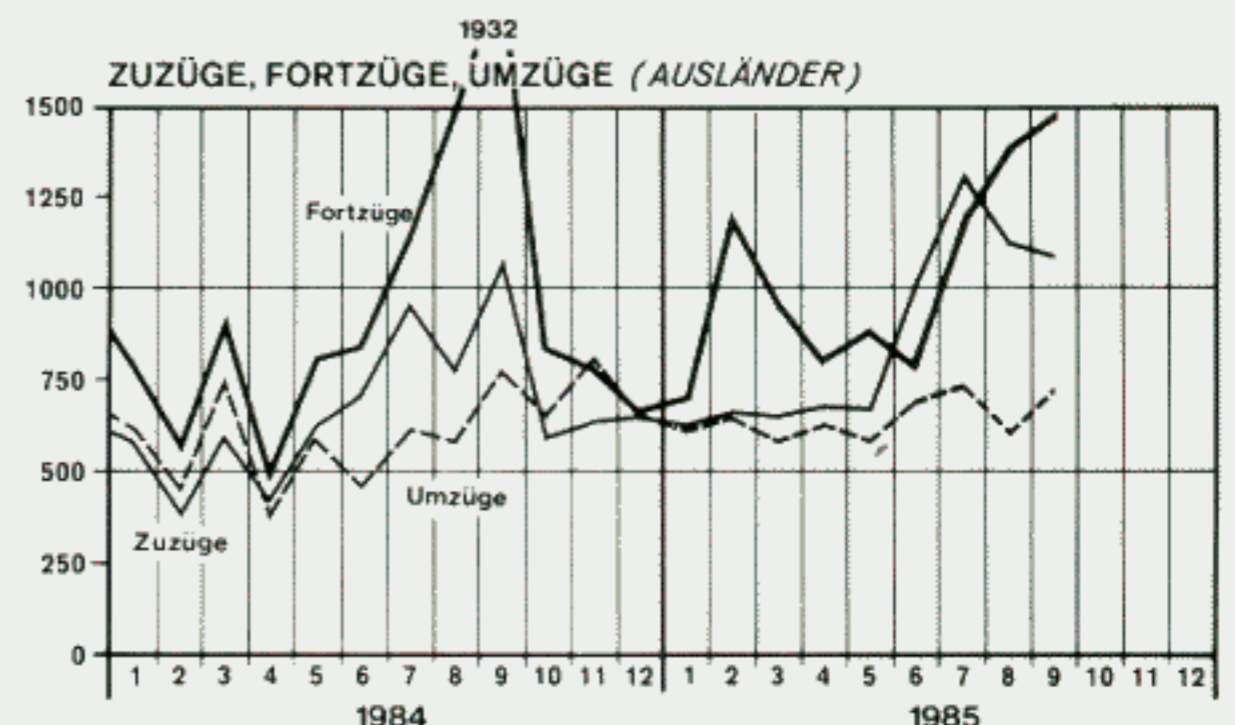
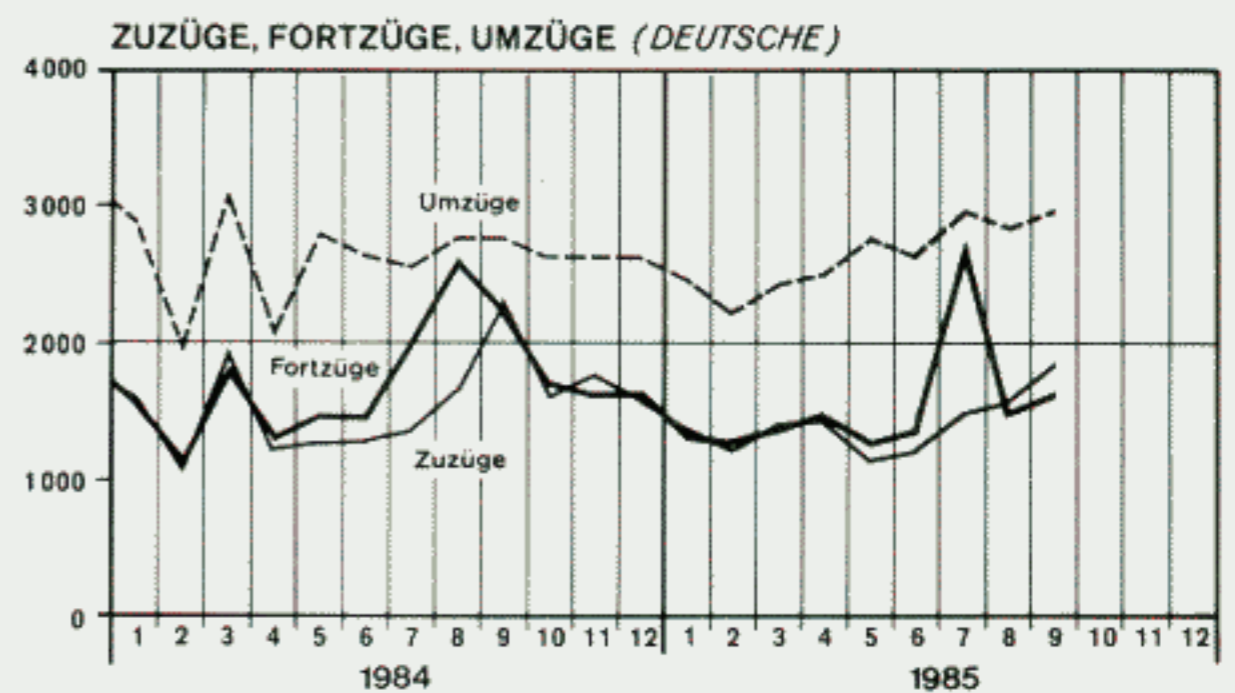
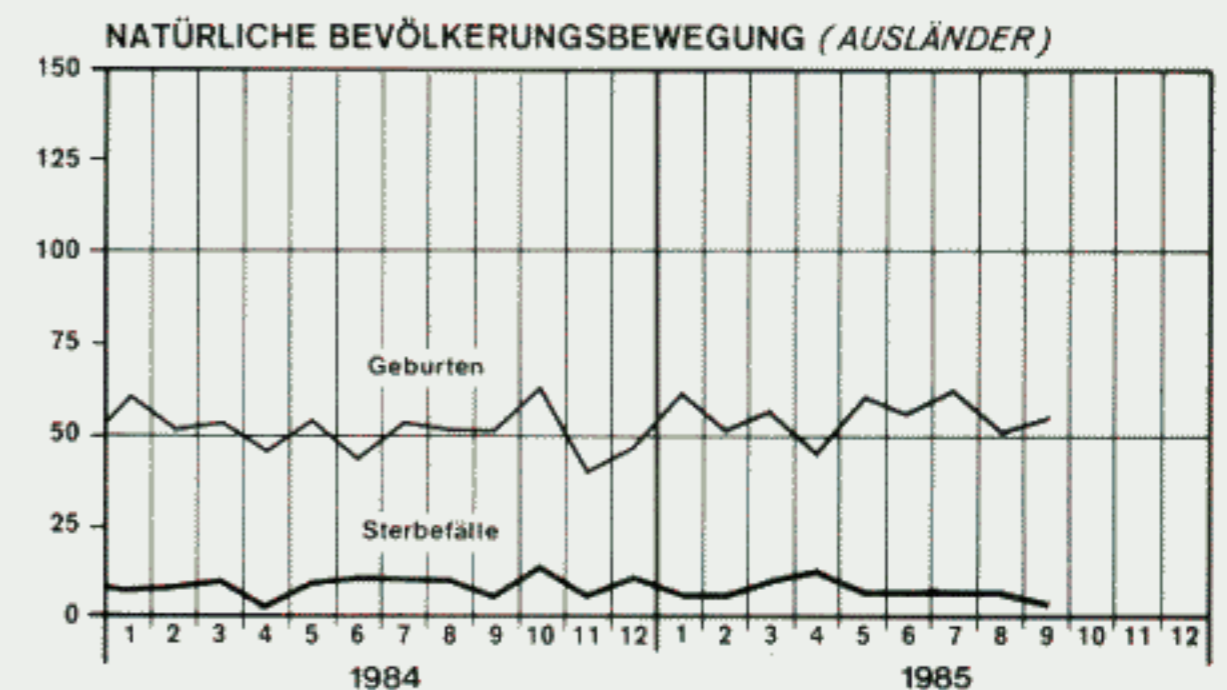
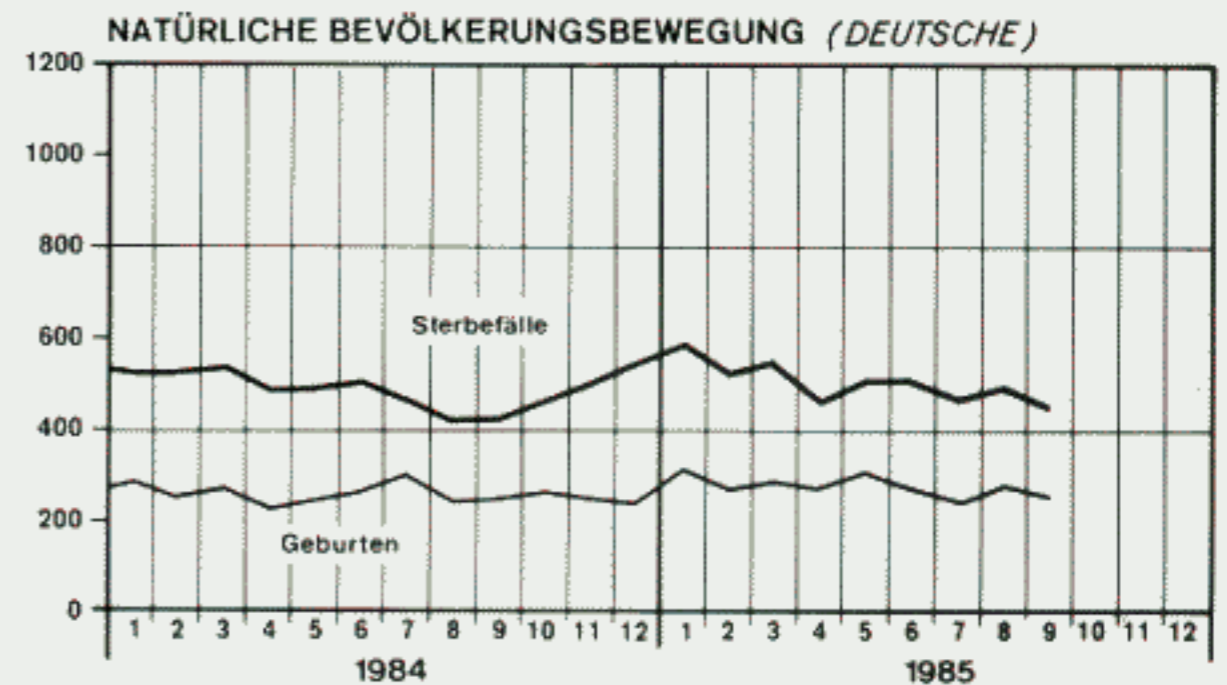
Dabei hat sich das vom Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil vom 15.12.83 ausdrücklich gebilligte Fragenprogramm nicht geändert. Die Zählung soll auch, wie bisher immer, von gemeindlichen Erhebungsstellen mit (zunächst) ehrenamtlichen Zählern durchgeführt werden. Die Art, wie das nunmehr geschehen soll, haben sich vor allem die Datenschützer ausgedacht, und das Parlament ist ihnen willig gefolgt - in einzelnen Punkten gegen die ausdrückliche Warnung der vor Ort verantwortlichen Praktiker.

Gerade die Kommunen als die Ebene mit dem dringendsten Informationsbedarf sind durchaus positiv für die Volkszählung eingetreten. Die entsprechend vorsichtige Kostenkalkulation des Deutschen Städtetags ergibt jedoch gegenüber der Berechnung für die ausgefallene Zählung 1983 eine Kostenmehrung um rd. 130 Millionen DM alleine im kommunalen Bereich. Die Gesamtkosten werden von der Bundesregierung mit fast einer dreiviertel Milliarde DM angesetzt. Eine Stadt von der Größenordnung Nürnbergs muß mit Erhebungskosten von DM 9,-- bis DM 10,86 je Einwohner, das sind insgesamt rd. 4,5 Mio DM, rechnen.

Forts. letzte Seite

ZEICHENERKLÄRUNG:

- 123 (Kursivschrift) vorläufige Angaben
- Zahlenwert genau Null
- ... Angabe fällt später an
- . unbekannt oder Veröffentlichung nicht möglich
- r berichtigte Angabe
- s Schätzwert



Im Zählungsgesetz ist ein Kostenbeitrag des Bundes an die Länder von DM 4,50 je Einwohner vorgesehen. Da die Kosten mit sinkender Gemeindegröße stark abnehmen, kann die Stadt wohl mit einer Kostenerstattung durch den Freistaat rechnen, die über diesem Betrag liegt.

Die extremen Datenschutzvorkehrungen lassen hoffen, daß die Zahl der Verweigerer gering sein wird. Denn Verweigerungen werden sowohl für die Betroffenen als auch für die Stadt teuer; ist doch vorgesehen, daß die Stadt sämtliche Bußgeldverfahren durchführen muß. Einen viel größeren Aufwand verursacht die auf den ersten Blick bürgerfreundliche Möglichkeit, die ausgefüllten Erhebungsbogen - auch einzelner Haushaltsmitglieder - nicht dem Zähler auszuhändigen sondern per Post zurückzuschicken. Allein der dadurch erzeugte zusätzliche Vorbereitungs-, Prüf-, Registrier- und Sortieraufwand erfordert gegenüber 1983 in der Erhebungsstelle ein mehr als verdoppeltes und wesentlich höher qualifiziertes Personal.

Bürgerfreundlich wurden auch die Kompetenzen und die Verantwortung der Zähler beschnitten, für eine vollzählige Erhebung und vollständig ausgefüllte Fragebogen zu sorgen. Die kommunalen Erhebungsstellen sind für beides verantwortlich. Gerade die um ihren Datenschutz besorgten Bürger müssen deshalb im Zweifel mit zwei Besuchen rechnen, einmal durch den ehrenamtlichen Zähler, ein zweites Mal durch einen Bediensteten der Erhebungsstelle, der die fehlenden Angaben ergänzen muß.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß viele Städte der Volkszählung am 25. Mai 1987, die sie für durchaus notwendig halten, mit Sorge entgegensehen. Dies gilt umso mehr, als die Städte die Ergebnisse auch nicht in der Form zurück erhalten, in der sie sie eigentlich zur Fortschreibung der Daten für statistische Informationen in den kommenden Jahren brauchen.

PREISINDEX DER LEBENSHALTUNG IM BUNDESGBIET

Vom Statistischen Bundesamt wurden folgende Preisindizes der Lebenshaltung bekanntgegeben (1980 = 100):

Preisindex für die Gesamtlebenshaltung	Sept. 1984	Aug. 1985	Sept. 1985	Veränderg. in % gegen	
				Sept. 1984	Aug. 1985
aller privaten Haushalte	118,3	120,7	120,9	+ 2,2	+ 0,2
von Angestellten u. Beamten mit höherem Einkommen	118,7	121,4	121,5	+ 2,4	+ 0,1
von Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen	118,2	120,7	120,9	+ 2,3	+ 0,2
von Renten- u. Sozialhilfeempfängern	118,4	120,7	120,8	+ 2,0	+ 0,1

